

Kommunale Daseinsvorsorge stärken.
Mutig entscheiden.
Finanzielle Freiheit wiedererlangen.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Böser,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir beraten heute den Haushalt 2026 – in einer Zeit, die weiterhin von Unsicherheit geprägt ist. Die Wirtschaft stagniert, manche sprechen von Rezession. Unternehmen investieren zurückhaltend, Steuereinnahmen wachsen nicht mehr wie gewohnt. Gleichzeitig steigen die Kosten – für Energie, für Bauleistungen, für Material, für Personal. Das ist keine abstrakte Entwicklung in fernen Metropolen. Das spüren wir hier, in Forst. In unseren Zahlen. In unseren Spielräumen. In unseren Entscheidungen.

Und dann ist da die Kreisumlage. Sie steigt im Jahr 2026 um weitere 300.000 Euro auf nunmehr 4,64 Millionen Euro. Vor zwei Jahren lagen wir noch bei 3,6 Millionen Euro. Innerhalb kürzester Zeit hat sich unsere Belastung um über eine Million Euro erhöht. Der Kreishaushalt 2026 steht ebenso unter enormem Druck. Die finanziellen Herausforderungen für den Landkreis sind real, spürbar und strukturell. Das sehen wir. Steigende Ausgaben, insbesondere im sozialen Bereich.

Eines ist dabei für die SPD klar:

Kommunale Haushalte dürfen nicht dauerhaft zum Reparaturbetrieb für Versäumnisse von Land und Bund werden. Kommunale Finanzen brauchen Verlässlichkeit. Die Kommunen und Landkreise sind das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens. Hier entscheidet sich, ob Politik wirkt.

Doch dieses Fundament gerät zunehmend ins Wanken.

Das Land Baden-Württemberg hat dem Landkreis Karlsruhe Verbindlichkeiten von über 60 Millionen Euro. Gelder, die dem Kreis zustehen. Gelder, die fest eingeplant waren. Gelder, die nun fehlen. Ohne diese ausstehenden Mittel wäre eine Erhöhung der Kreisumlage schlicht nicht notwendig. Das ist kein Detail. Das ist der Kern der Debatte. Hier geht es um Konnexität – um ein Versprechen, das lautet:

Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen. Konnexität muss zu 100 % gelten und nicht nur nach Lust und Laune.

Dieses Versprechen wurde gegeben. Und dieses Versprechen muss eingehalten werden, auch wenn damit Land und Bund manches Wahlgeschenk nicht umsetzen können. Aber genau das wäre eine Politik, die wir dringend brauchen. Eine Politik, die sich an der Lebensrealität orientiert. Verantwortung des Landes einfordern – im Sinne der Kommunen.

Wir sagen klar und deutlich:

Das Land Baden-Württemberg muss mehr Verantwortung für die kommunalen Finanzen übernehmen.

Es reicht nicht, sich zu Haushaltsüberschüssen zu bekennen, während Landkreise und Städte Defizite schultern müssen.

Es reicht nicht, neue Aufgaben zu übertragen, ohne für eine auskömmliche Finanzierung

zu sorgen: Bundes- und Teilhabegesetz, Deutschland-Ticket, Ganztagsbetreuung, Schienenpersonennahverkehr.

Und es reicht nicht, Verbindlichkeiten auflaufen zu lassen, während vor Ort die Luft zum Atmen fehlt.

Übertragene Aufgaben müssen vollumfänglich finanziert werden. Ebenso muss endlich der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöht werden. Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken will, darf die Städte und Gemeinden nicht kaputt sparen. Denn sie sind der Ort, an dem die Menschen Politik unmittelbar erleben – in der Kita, in der Schule, im Krankenhaus, im Verein oder im Quartier. Gerade hier entscheidet sich, ob soziale Teilhabe gelingt oder ob Ungleichheit weiterwächst. Deshalb braucht es eine klare politische Priorität für Investitionen in die kommunale Daseinsvorsorge. Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Begegnungsstätten sind kein Luxus, sondern öffentliche Verantwortung. Ein starkes Land misst sich daran, ob es seine Kommunen und Kreise handlungsfähig hält – finanziell, personell und strukturell.

Wenn wir auf die Zahlen des Haushalts 2026 blicken, sehen wir eine ernste Lage. Die laufenden Einnahmen reichen nicht aus, um die laufenden Ausgaben vollständig zu decken. Das bedeutet: Wir leben strukturell über unsere Verhältnisse. Das kann eine Kommune auf Dauer nicht durchhalten. Kredite mögen Investitionen ermöglichen, aber sie ersetzen keine strukturelle Balance. Jede Generation hat die Pflicht, nicht nur Chancen weiterzugeben, sondern auch Stabilität.

Und dennoch – inmitten dieser angespannten Lage – gibt es auch Verantwortung, die wir nicht aufschieben dürfen. Unsere Wasser- und Abwassernetze müssen funktionieren. Unsere Straßen dürfen nicht weiter verfallen. Unsere Schule braucht Raum für den Ganztagsanspruch. Unsere Verwaltung muss digitaler, schneller, bürgernäher werden. Zukunft entsteht nicht von selbst. Sie entsteht durch Entscheidungen. Und manchmal entstehen gute Entscheidungen gerade unter Druck.

Das Sondervermögen in Höhe von 5,2 Millionen Euro über zwölf Jahre gibt uns einen strategischen Rahmen. Doch es ist kein Freibrief. Es ist kein bequemes Polster. Es ist eine Verpflichtung. Dieses Geld muss in Zukunftsfähigkeit fließen – in energetische Sanierungen, in Bildung, in nachhaltige Infrastruktur. Wenn wir es klug einsetzen, kann es Hebelwirkung entfalten. Wenn wir es konsumtiv verbrauchen, wird es uns später fehlen. Gleichzeitig muss an dieser Stelle betont werden, dass:

- Mithilfe einer strategischen Politik dieses Sondervermögen nicht nötig gewesen wäre,
- es sich beim Sondervermögen um eine einmalige Zahlung handelt. Strukturelle Defizite, die wir in Deutschland haben, werden damit nicht gelöst, sondern ggf. eher verschleppt!

Haushaltskonsolidierung ist deshalb kein Schlagwort, sondern eine Notwendigkeit. Wir müssen ehrlich prüfen, welche Aufgaben wir erfüllen müssen – und welche wir uns vielleicht im Moment nicht leisten können. Wir brauchen eine systematische Aufgabenkritik. Wir brauchen Effizienz. Wir brauchen Prioritäten. Konsolidierung heißt nicht, das Herz unserer Gemeinde zu schwächen. Es heißt, sie langfristig stark zu machen. Strategische Haushaltskonsolidierung bedeutet für uns mehr als pauschales Sparen. Sie heißt, den Haushalt systematisch und produktgruppenbezogen zu durchleuchten – Schritt für Schritt, Bereich für Bereich. Wir wollen jede Produktgruppe im Haushaltsplan daraufhin überprüfen, welche Aufgaben zwingend notwendig sind, wo Prozesse

effizienter gestaltet werden können, wo Kooperationen sinnvoll wären und wo Standards angepasst werden müssen. Es geht nicht darum, die Substanz unserer Gemeinde auszuhöhlen. Es geht darum, Strukturen zu hinterfragen, Doppelungen zu vermeiden und Prioritäten klar zu setzen. Ja, Einsparungen können schmerzhaft sein. Sie verlangen Ehrlichkeit, Mut und die Bereitschaft, auch lieb gewonnene Gewohnheiten zu überdenken. Aber nur, wenn wir heute konsequent konsolidieren, gewinnen wir morgen wieder finanzielle Freiheit – Freiheit für Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt.

Zur strategischen Haushaltskonsolidierung gehört nicht nur die kritische Prüfung aller Produktgruppen, sondern auch die Bereitschaft, sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite Verantwortung zu übernehmen. Wir haben in den vergangenen Jahren bereits spürbare Maßnahmen eingeleitet: So wurden 2024 die Mieten angepasst, ebenso die Betreuungsbeiträge in der Spielkiste. 2025 folgte die Anpassung der Kita-Beiträge, und bereits 2024 wurde die Grundsteuer neu festgesetzt. Mit der Einführung der Vergnügungssteuer im Jahr 2026 erschließen wir eine weitere, sachgerechte Einnahmequelle. Gleichzeitig wurden auf der Ausgabenseite Maßnahmen im Umfang von rund 0,5 Millionen Euro gestrichen oder verschoben. Erstmals wenden wir zudem das Instrument der globalen Minderausgabe in Höhe von 1 Prozent an – das bedeutet, dass sämtliche Ausgaben pauschal um mindestens 1 Prozent reduziert werden müssen. Das ist ein deutliches Signal: Konsolidierung ist kein abstraktes Ziel, sondern gelebte Praxis. Diese Schritte sind nicht immer bequem, sie verlangen Disziplin und Mitwirkung aller Bereiche. Unser Ziel ist klar: ein strukturell ausgeglichener Haushalt, der uns nicht einschränkt, sondern Handlungsspielräume eröffnet.

In 2026 müssen wir zudem die Friedhofs-, Verwaltungs-, Wassergebühren neu kalkulieren, sowie die Gebühren für die Obdachlosen- und Schutzsuchendenunterkünfte.

Ein Blick auf das Zahlenwerk zeigt ein differenziertes Bild. Voraussichtlich werden wir Ende 2025 über liquide Mittel in Höhe von rund 10,5 Millionen Euro verfügen; hinzu kommt die Einlage der NetzeBW von etwa 2,5 Millionen Euro. Gleichzeitig liegt der Stand unserer Kredite Ende 2025 bei rund 1,1 Millionen Euro, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 135,80 Euro entspricht – nachdem der Schuldenstand Ende 2024 noch bei 1,8 Millionen Euro lag. Auf der Ertragsseite rechnen wir mit einem Plus von etwa 600.000 Euro. Doch diesem Zuwachs stehen erhebliche Mehraufwendungen gegenüber: Die Personalkosten steigen um rund 300.000 Euro, die Kreisumlage um weitere 300.000 Euro, die Unterhaltung der Gebäude um 800.000 Euro sowie die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens um 450.000 Euro. Gleichzeitig tragen die einzelnen Aufgabenbereiche erhebliche Finanzvolumina: Für die Verwaltung sind 2,64 Millionen Euro veranschlagt, für Sicherheit und Ordnung 0,62 Millionen Euro, für die Feuerwehr 0,31 Millionen Euro, für Schulträgeraufgaben rund 1 Million Euro, für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe 3,56 Millionen Euro, für Sport- und Bäderbetriebe rund 2 Millionen Euro sowie für Vereinszuschüsse etwa 220.000 Euro.

Risiken bestehen weiterhin – insbesondere durch mögliche weitere Erhöhungen der Kreisumlage in den Folgejahren, unsichere Förderprogramme, nicht planbare Grundstücksverkäufe sowie dadurch, dass das Sondervermögen im Zahlenwerk noch nicht vollständig berücksichtigt ist.

Auch im Jahr 2026 setzen wir ein klares Zeichen: Trotz angespannter Haushaltslage investiert die Gemeinde konsequent in unsere kommunale Daseinsvorsorge und in die Infrastruktur unserer Gemeinde. Im Bereich Sicherheit stärken wir das Ordnungsamt mit einer neuen Blitzanlage in Höhe von 100.000 Euro und investieren bei der Feuerwehr 10.000 Euro in die Fassade des Gerätehauses. Unsere Grund- und Gemeinschaftsschule erhält Modernisierungen im Umfang von 245.000 Euro, zusätzliche 19.500 Euro für die digitale Ausstattung sowie 600.000 Euro für den Ausbau der Ganztagsgrundschule. Für die Turn- und Schwimmhalle sind 175.000 Euro vorgesehen. Auch unsere Vereine profitieren – unter anderem mit einem Zuschuss von 50.000 Euro im Bereich des Tier- und Vogelparks. Der Heidesee wird mit 55.000 Euro für Instandhaltungen unterstützt, in unseren Kitas stehen 20.000 Euro für kleinere Erneuerungen bereit. Die Waldseehalle wird mit 249.000 Euro modernisiert, ihre Außenanlage mit weiteren 150.000 Euro erneuert. Für das Waldseestadion sind 35.000 Euro an Sanierungsarbeiten eingeplant. In der Stadtplanung investieren wir 100.000 Euro in die Anpassung von Bebauungsplänen. Im Sanierungsgebiet Schwanenstraße sind 900.000 Euro für Grundstückserwerbe und 1 Million Euro für Maßnahmen vorgesehen, bei einem Zuschuss von 750.000 Euro. Auch der Friedhof wird mit 34.000 Euro für Erneuerungen und 6.000 Euro für die Glockenanlage bedacht.

Im kommunalen Wohnungsbau investieren wir 285.000 Euro in Erneuerungen sowie 300.000 Euro in Grunderwerb. Für die Abwasserbeseitigung stehen 370.000 Euro bereit, hinzu kommen 519.000 Euro für die Kläranlage Bruchsal. Unsere Gemeindestraßen werden mit 50.000 Euro für Gehwege, 20.000 Euro für Radwege und 100.000 Euro für die Umgestaltung von Bushaltestellen berücksichtigt. Der Austausch auf LED-Technik in der Straßenbeleuchtung wird mit 50.000 Euro fortgeführt. Kinderspielplätze erhalten 30.000 Euro für Erneuerungen, und für Maßnahmen an den Wasserläufen – Duttbacher Graben und Hatzelgraben – sind 40.000 Euro eingeplant.

Die Botschaft ist klar: Wir investieren auch 2026 in die Substanz unserer Gemeinde. Wir erhalten, modernisieren und entwickeln – damit Forst auch in Zukunft ein Ort bleibt, in dem man gut und gerne lebt und arbeitet.

Wie dargelegt, stehen wir auch zu unseren Investitionen in Bildung. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist eine große Herausforderung. Aber er ist auch eine große Chance. Eine gute Schule ist mehr als ein Gebäude. Sie ist ein Versprechen – an unsere Kinder und an ihre Familien. Wenn wir hier investieren, investieren wir nicht in Beton. Wir investieren in Bildungsgerechtigkeit, in Teilhabe, in Zukunft.

Nachdem im vergangenen Jahr zwischenzeitlich auf der Kippe stand, ob das bereits beschlossene 3-Säulen-Modell umgesetzt wird, wurden im Dezember wichtige Pflöcke zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung verbindlich eingehauen: Die Eltern können zukünftig für ihre Kinder wählen zwischen Besuch der Schule im Halbttag, einer kostenfreien Ganztagsbetreuung mit schulischem Konzept oder der Flexibilität der kommunalen Betreuung. Wir unterstützen diese Lösung, da sie Rücksicht auf die jeweiligen Bedürfnisse der Kinder und die Situation in den Familien nimmt und sich zeitlich an den Öffnungszeiten der Kitas orientiert. Dafür nimmt die Gemeinde Geld in die Hand, da die Einführung der Ganztagschule bauliche Veränderungen erforderlich macht. Die Schule wird drei zusätzliche Räume für verschiedene Angebote am Nachmittag

erhalten, zudem wird das Lehrerzimmer vergrößert – eine Investition an der richtigen Stelle. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, dass diese Entscheidung endlich getroffen und nicht weiter hinausgezögert wird, damit alle Beteiligten Planungssicherheit haben sowie die nötige Zeit, um ein gutes inhaltliches und räumliches Konzept zu entwickeln. Als Fraktion werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Schule und kommunale Betreuung personell so unterstützt werden, dass unsere Schule weiterhin gut für die Zukunft aufgestellt ist und ein guter Lern- und Lebensort für die Kinder unserer Gemeinde bleibt. Wir stehen für ein vertrauensvolles, konstruktives Miteinander zwischen Schule, Eltern und Gemeinde.

Gleiches gilt für unsere Kitas. Verlässliche Betreuung ist für Familien existenziell. Gleichzeitig müssen wir die Kostenstruktur transparent analysieren. Qualität und Wirtschaftlichkeit sind keine Gegensätze. Sie sind zwei Seiten derselben Verantwortung. Den Forster Eltern stehen für die Betreuung ihrer Kinder verschiedene Betreuungsformen zur Verfügung (kommunale und kirchliche Kitas, Waldkindergarten, Tiger-Gruppe, Tageseltern). Allen Eltern kann ein Platz für ihr Kind angeboten werden. Im vergangenen Jahr hat sich die Personalsituation wieder entspannt, die Betreuungszeiten konnten verlässlich angeboten werden. In der Kinderbetreuung kam es in den letzten Jahren allerdings zu erheblichen Kostensteigerungen (die sich vor allem aus erhöhten Personalkosten ergeben). Im letzten Jahr wurden die Kindergartenbeiträge nicht erhöht. Da wir die Belastungen von Familien als auch die der Kommune gleichermaßen im Blick haben, haben wir für das kommende Jahr für eine moderate Erhöhung der Beiträge um 3,5 % gestimmt, jedoch nicht für die letztendlich beschlossenen 7 %. Eine standardmäßige Übernahme der Vorschläge der Vertreter des Städtetags, des Gemeindetags und der Kirchen zur Erhöhung der Beiträge lehnen wir ab.

Beim Thema Energie und Klima gilt für uns: Klimapolitik ist immer auch Sozialpolitik. Wenn wir Energie effizienter nutzen, wenn wir Photovoltaik ausbauen, wenn wir das Nahwärmenetz voranbringen, dann schützen wir nicht nur das Klima. Wir schützen auch Haushalte vor dauerhaft hohen Energiekosten. Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit müssen zusammen gedacht werden.

Der Heidesee bleibt ein Symbol für Lebensqualität in unserer Gemeinde. Das neu zu entwickelnde Betriebskonzept ist eine Chance und kann zeigen, dass Veränderungen möglich sind – und dass Einsparungen erreichbar sind. Jetzt geht es darum, diesen Weg mit Engagement zu gehen: wirtschaftlich vernünftig, ökologisch verantwortungsvoll und offen für neue Ideen. Es ist daher richtig, dass bis zur Beschlussfassung über ein neues Betriebskonzept keine neuen Investitionen in die Anlage getätigt werden. Steuermittel dürfen niemals mehr verschwendet werden.

Die weit über 40 kommunalen Wohnungen müssen optimiert und energetisch saniert werden.

Meine Damen und Herren,
wir leben in herausfordernden Zeiten. Aber jede Herausforderung trägt auch eine Entscheidung in sich. Die Entscheidung, den Kopf zu senken – oder ihn zu heben. Die Entscheidung, Probleme zu verwalten – oder Lösungen zu gestalten.
Forst hat in seiner Geschichte viele schwierige Phasen gemeistert. Nicht, weil die Zeiten

einfach waren. Sondern, weil die Menschen zusammenstanden. Weil sie Verantwortung übernommen haben. Weil sie bereit waren, Prioritäten zu setzen.
Das Wichtige JETZT heißt: solide Finanzen. Klare Entscheidungen. Mut zur Reform.
Investitionen mit Augenmaß. Und der feste Wille, unsere Gemeinde nicht nur durch diese Zeit zu führen – sondern gestärkt aus ihr hervorzugehen.

Die SPD-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung 2026, dem Wirtschaftsplan des Zweckverbands und der Sozialstiftung zu. Nicht, weil dieser Haushalt perfekt ist. Sondern weil er die notwendigen Schritte enthält – und weil wir bereit sind, die nächsten Schritte gemeinsam zu gehen.

Lassen Sie uns Verantwortung übernehmen. Für Stabilität. Für Gerechtigkeit. Für die Zukunft unserer Gemeinde.

Vielen Dank an Bürgermeister Hajo Böser, den Fachbereichsleiter Finanzen, Michael Veith, an Fachbereichsleitungen Heimo Czink und Frank Dochat für die engagierte Arbeit sowie natürlich an alle Mitarbeitenden der Gemeinde Forst.

Die SPD unterstützt den Haushalt in schwieriger wirtschaftlicher Lage. Für die SPD gilt das Prinzip der Konnexität: Kommunen dürfen nicht dauerhaft Defizite von Bund und Land ausgleichen. Kürzungen dürfen die Ortsgemeinschaft nicht gefährden und auch darf das Leben vor Ort durch Gebührenerhöhungen nicht teurer werden lassen. Forst investiert in Bildung, Betreuung, Infrastruktur und Sicherheit. Ziel bleibt ein ausgeglichener Haushalt, eine strategische Haushaltskonsolidierung. Bildung, Kitas und Ganztagsbetreuung haben hohe Priorität. Kita-Gebühren müssen familienfreundlich ausgestaltet werden. Nachhaltigkeit, solide Finanzen und klare Prioritäten sind der Weg, um Forst zukunftsfähig aufzustellen.

Packen wir es 2026 an! Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Holzer, stellv. Fraktionsvorsitzender